



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

184. Ratssitzung vom 2. Februar 2022

4944. 2021/269

Motion von Severin Meier (SP), Pascal Lamprecht (SP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 16.06.2021:

Erlass für den Bezug vergünstigter Abonnemente für die Zone 110 für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Severin Meier (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4084/2021): Der Kampf gegen den Klimawandel muss sozialverträglich ausgestaltet werden. Es darf nicht sein, dass dieser Kampf auf dem Buckel von Geringverdienenden und vom unteren Mittelstand ausgetragen wird. Der sozialökologische Umbau unserer Stadt muss mehr sein als ein Slogan auf einem Flyer – er muss auch in die Tat umgesetzt werden. Diese Motion ist ein wichtiges Puzzleteil. Wir fordern, dass das städtische 2. Klasse Jahresabonnement für erwachsene Stadtbewohnerinnen neu 365 Franken und für Kinder und Jugendliche 185 Franken kosten soll. Die Petition zur Unterstützung dieser Motion wurde von mehr als 3000 Personen unterschrieben. Die vorliegende Motion verfolgt ein ökologisches und ein soziales Hauptanliegen. Um die Klimaziele zu erreichen, braucht es in der Stadt Zürich einen Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Verkehr (ÖV) und aufs Velo. Eine Preisreduktion wird die Nachfrage nach ÖV-Abonnements erhöhen. In Wien wurde vor 10 Jahren das Jahresabo für den städtischen ÖV für 365 Euro eingeführt. Die Abonnementszahlen haben sich danach verdoppelt. Ein Grossteil dieser Erhöhung ist zwar darauf zurückzuführen, dass viele Kundinnen, die früher Einzeltickets gekauft hatten, neu ein Abo abgeschlossen haben. Es lässt sich aber nicht der gesamte Effekt damit begründen. Zudem stimmt es natürlich, dass die Nachfrage im ÖV im Vergleich zu anderen Gütern relativ unelastisch ist. Das stimmt aber vor allem für Gutverdienende und um diese geht es hier nicht in erster Linie. Für viele Familien ist der Preis eines städtischen ÖV Jahresabos eine grosse finanzielle Belastung. Eine vierköpfige Familie bezahlt für zwei Erwachsene und zwei Kinder insgesamt 2604 Franken für die Jahresabonnemente. Das ist für Geringverdienende und den unteren Mittelstand sehr viel Geld. Es kann nicht sein, dass diese Personen in ihrer Mobilität in unserer Stadt eingeschränkt werden. Wie in Wien sollte deshalb das Abonnement in Zürich nur noch 1 Franken pro Tag kosten. Vor allem müssen wir in diesem Rat die Mobilität in der Stadt Zürich gesamtheitlich betrachten. Wir machen den motorisierten Individualverkehr (MIV) immer unattraktiver, das ist gut so. Aber man kann nicht einfach Parkplätze und MIV-Spuren abbauen und im Bereich der Alternativen nichts tun. Die Alternativen müssen attraktiver und erschwinglicher werden. Es geht um den Fussverkehr, den Veloverkehr und den ÖV. Beim Veloverkehr schaffen wir bei den Veloabstellplätzen Anreize, indem wir sie zum Beispiel subventionieren, damit Leute vom Auto aufs Velo umsteigen. Mit



der vorliegenden Motion fordern wir genau dasselbe für den ÖV. Man wird argumentieren, die Vergünstigung sei viel zu teuer. Ich möchte darauf hinweisen, dass Zürcherinnen und Zürcher bereits heute Kosten tragen. Sie tun dies über teure Abonnemente und somit über unsoziale Gebühren, statt über progressive Steuern. Jeder Franken, den die Umsetzung dieser Motion kostet, fliesst wieder ins Portemonnaie der Bewohnerinnen dieser Stadt. Es handelt sich aus Sicht der Stadtbewohner somit nur um unterschiedliche Finanzierungsmodelle, nicht um einen Kostenpunkt, den es bisher nicht gab. Selbstverständlich sind wir dafür, dass Gutverdienende mehr bezahlen als Geringverdienende. Mit anderen Worten handelt es sich um eine Umverteilung, die vor allem jenen Bewohnerinnen zugutekommt, die sie am meisten benötigen. Der Stadtrat argumentiert, wichtiger als eine Preissenkung seien die Qualität und der Ausbau des ÖV. Das ist so. Doch das eine schliesst das andere nicht aus. Es ist nicht so, dass man keine andere Finanzierungsquelle hinzuziehen könnte, so wie das in der Antwort des Stadtrats impliziert wird. Unsere Stadt hat in den fünf Jahren vor der Pandemie einen Überschuss von 700 Millionen Franken erzielt, ohne Triemli-Abschreiber wären es sogar 900 Millionen Franken gewesen. Die Frage ist nicht, ob wir es uns leisten können, sondern ob wir es uns leisten wollen. Für die SP ist klar, dass der sozial-ökologische Umbau unserer Stadt eine sehr hohe Priorität genießt. Der Stadtrat erwähnt auch rechtliche Bedenken. In unserer Rechtsauffassung verstösst die vorliegende Motion jedoch in keiner Weise gegen übergeordnetes Recht. Vom Stadtrat wird zwar durchaus zu Recht argumentiert, dass eine preisliche Differenzierung zwischen einzelnen Gemeinden durch den Kanton nicht zulässig sei. Hingegen dürfen die Gemeinden sehr wohl ihre Einwohnerinnen anders behandeln als Nicht-Einwohner. Das wird beispielsweise mit Einheimischen-Rabatten in Schwimmbädern und auch bei den Gemeindetageskarten der SBB praktiziert. Diese Leistungen können nur Einwohnerinnen der entsprechenden Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Das rechtliche Fazit des Stadtrats geht von der falschen Prämisse aus, dass die Vergünstigung durch den Kanton finanziert wird. Das ist aber nicht der Fall: Die Stadt finanziert diese Vergünstigung. Ein zweites juristisches Bedenken des Stadtrats ist, dass der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) die Tarifhoheit hat. Das ist korrekt. Er wird sie auch behalten. Die Zone 110 wird weiterhin so teuer bleiben, wie dies vom ZVV festgelegt wird. Das einzige, was sich ändert, sind die zahlenden Personen. Im Moment wird der Betrag von den Abonentinnen alleine bezahlt, neu würden die vom ZVV festgelegten Tarife von den Abonnenten und der Stadt gemeinsam getragen – je zur Hälfte. Die Tarifhoheit des ZVV wird somit vollständig gewahrt. Wie ein 365-Franken-Abonnement genau funktionieren würde, haben wir bewusst nicht in der Motion festgehalten. Wir wollen kein Mikromanagement betreiben, sondern wünschen uns, dass der Stadtrat die aus seiner Sicht beste Lösung vorschlägt. Das gleiche gilt übrigens auch für die restlichen Ticketpreise. Wir haben uns aber selbstverständlich Gedanken gemacht: Entweder verkauft die Stadt das Abo über die VBZ-Ticketarias vergünstigt an Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher, womit die Stadt die Differenz zwischen dem Einkaufs- und dem Verkaufsbetrag trägt. Oder die Stadt gibt den Bewohnenden Gutscheine für eine Vergünstigung ab, wobei sie dem ZVV pro eingelösten Gutschein die entsprechenden Kosten vergütet. Dies würde eine vertragliche Regelung mit dem ZVV erfordern. Es ist anzunehmen, dass der ZVV nichts dagegen einzu-



wenden hätte. Der Stadtrat schreibt selber, dass die angebliche oder tatsächliche Problematik bezüglich Attraktivität des ÖV nur dann besteht, wenn die ausbleibenden Mittel aus der Nutzerfinanzierung nicht vollumfänglich durch andere Finanzierungsquellen ersetzt werden. Wie aufgezeigt ist es so, dass die ausbleibenden Mittel vollumfänglich durch andere Finanzierungsquellen ersetzt werden. Die vorliegende Motion ist zusammengefasst somit mit übergeordnetem Recht vereinbar und die Ausgaben rechtfertigen sich auch damit, dass jeder Franken wieder ins Portemonnaie der Stadtzürcherinnen zurückfliesst. Mit Steuern statt Gebühren wird die Finanzierung des ÖV sozialer. Wir hätten im Rat grundsätzlich eine Mehrheit für den sozial-ökologischen Umbau. Ich hoffe, dass diese Mehrheit nun Nägel mit Köpfen machen wird.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Der Vorstoss erinnert mich etwas an die Diskussion um die gratis See- und Flussbäder. Ich bin mit den Motionären einig, dass der ÖV ein zentraler Baustein für eine klimafreundliche Mobilität ist. Allerdings ist der eingereichte Vorschlag aus unserer Sicht nicht der richtige Weg, um die gewünschte Verlagerung von anderen Verkehrsmitteln auf den ÖV zu erreichen. 365 Franken pro Jahr beziehungsweise 1 Franken pro Tag – eine solch symbolische Zahl hört sich sehr gut an und lässt sich marketingmässig gut vermitteln. Man kann den Betrag aber künftig nicht mehr an die Gegebenheiten anpassen. Ein Thema ist zum Beispiel, dass wir die Spitzen brechen, die Nutzerfinanzierung bedarfsgerecht steuern möchten, indem man über den Tag verschiedene Tarife nutzen kann. Solche Themen wären bei Umsetzung des vorliegenden Vorschlags nicht mehr möglich. Selbst eine Teuerung könnte man nicht mehr abbilden, weil sich der Betrag von Fr. 1.12 pro Tag marketingmässig nicht gleich toll anhören würde. Der Stadtrat ist klar der Meinung, dass symbolisch festgelegte Preise der falsche Weg für eine Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) auf den ÖV sind. Die Nachfrage nach dem öffentlichen Verkehr ist insbesondere der Attraktivität des ÖV geschuldet. Kurze Reisezeiten, Pünktlichkeit und ein dichtes Netz kosten aber auch. Wenn wir Vergünstigungen gewähren, muss dies aus irgendeinem Topf finanziert werden. Natürlich könnte man nun sagen, dass man beides tun kann. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass wir von einer Halbierung sprechen, die rund 150 Millionen Franken pro Jahr kosten würde. Diese 150 Millionen Franken müssen wir irgendwoher nehmen. Markus Knauss (Grüne) hat erwähnt, dass der öffentliche Verkehr im Kanton heute eigentlich bereits zur Hälfte von der Stadt Zürich finanziert wird, wenn man die Steuerfranken mitzählt, die wir kantonal bezahlen. Das stimmt. Die Frage lautet, ob es nötig ist, nochmals eine Zusatzausgabe in dieser Grössenordnung zu machen. Die SP hat beim Beispiel Wien gleich selber darauf hingewiesen, dass sich die Abonnementzahlen zwar verdoppelten, dass dies aber hauptsächlich auf jene Personen zurückzuführen war, die früher Einzeltickets gekauft hatten. Die Anteile der einzelnen Verkehrsmittel am Gesamtverkehr haben sich nicht verändert. Wien taugt deshalb wirklich nicht als Beispiel. Auch ein Positionspapier des Verbands deutscher Verkehrsunternehmen hielt fest, dass dieser Effekt gering ist und nicht sehr viel zu einer Verlagerungswirkung beiträgt. Beim



zweiten Themenbereich der sozialpolitischen Forderung ist der Stadtrat auch der Meinung, dass Möglichkeiten bestehen. Aber man sollte nicht nach dem Giesskannenprinzip vorgehen, sondern gezielt dort Mittel einsetzen, wo es sinnvoll ist. Das vom Stadtrat entgegengenommene Postulat GR Nr. 2021/274 befasst sich mit der Verbilligung der Kosten für den ÖV für einkommensschwache Personen oder solche, die Unterstützungsleistungen erhalten. Das ist aus unserer Sicht zweckmässiger als die vorliegende Motion, die die Vergünstigung für alle fordert, unabhängig von ihrem Bedürfnis. Die Stadt bietet heute schon bestimmte Leistungen an: Beziehende von AHV/IV Zusatzleistungen können eine «ZVV-Legi» erhalten, die eine zielgruppenspezifische Vergünstigung ermöglicht. Das ist die wahre soziale Massnahme und nicht eine Giesskanne für alle. Zum rechtlichen Aspekt: Die Motion ist nicht motionabel. Der Bund gibt bundesrechtlich das Gleichbehandlungsgebot gegenüber der Kundschaft des öffentlichen Verkehrs vor. Natürlich gibt es wie erwähnt Ausnahmen, so zum Beispiel für einkommensschwache Personen. Aber ohne eine sachlich begründete Differenzierung ist es nicht zulässig, separate Tarife festzulegen. Auch die Tarifhoheit im Kanton wurde bereits erwähnt. Wir verweisen auf unsere Antwort auf die «Gratis ÖV für Züri» Initiative GR Nr. 2021/256. Dort wird ausgeführt, warum ein gratis ÖV in der Stadt Zürich rechtlich nicht möglich ist. Auch ein «50 Prozent gratis ÖV» ist rechtlich nicht möglich. Aus den genannten Gründen lehnt der Stadtrat die Motion ab. Sie wird auch im Falle einer Überweisung nicht umsetzbar sein.

Weitere Wortmeldungen:

Markus Knauss (Grüne): Der Vorstoss hat in unserer Fraktion zu einer engagierten Debatte geführt. Die grundsätzliche Frage lautete, ob man sozialpolitische Ziele sinnvoll mit verkehrspolitischen Vorstössen verheiraten kann. Die Mehrheit unserer Fraktion vertrat die Meinung, dies sei nicht möglich. Einige werden dem vorliegenden Vorstoss nun trotzdem zustimmen. Gratis ÖV kostet die Stadt Zürich 300 Millionen Franken. Mit der Variante von 50 Prozent wären es immer noch 150 Millionen Franken. In der Stadt Wien hatte es sozialpolitisch durchaus eine gewisse Wirkung. Wenn man aber die ökologische Wirkung betrachtet, hat sich seit der Einführung im Jahr 2012 nichts getan: Der Modalsplit hat sich nicht verändert. Das lässt Zweifel aufkommen, dass wir hier wirklich etwas Gutes tun. Mich hat befremdet, dass Pascal Lamprecht (SP) hinter dem Vorstoss steht. Er war dabei, als wir im Jahr 2019 mit der Verkehrskommission (SK SID/V) Wien besucht haben. Die Wiener Linien haben uns klar aufgezeigt, dass sie unter solchen politisch motivierten Marketingmassnahmen stark leiden. Dass in der Begründung der Motion steht, dass man in Wien ausgezeichnete Erfahrungen mit dem ÖV Abonnement für 365 Euro gemacht habe, kann ich nicht nachvollziehen. Natürlich hat der Vorstoss eine sozialpolitische Komponente. Sozialpolitik kann man aber mit einer sehr viel gezielteren Massnahme mit weniger Geld umsetzen. 150 Millionen Franken mit der Giesskanne zu verteilen, scheint mir nicht der richtige Weg zu sein. Zur Förderung des öffentlichen Verkehrs braucht es einen gewissen Ausbau. Man sollte dies nicht mit unsinnigen Projekten wie dem Projekt Rosengarten tun, mit dem man ökologisch nichts bewirkt. Ein ÖV-Ausbau muss zulasten der Fläche des MIV gehen. Dies bringt eine ökologische Wirkung. Die Grünen möchten in der Mehrheit einen wirksamen Klimaschutz betreiben,



auch im öffentlichen Verkehr. Die Motion scheint uns dazu nicht unbedingt geeignet. So wie der Stadtrat die rechtliche Ausgangslage geschildert hat, wird der Vorstoss auch bei einer Überweisung im Nirwana der juristischen Auseinandersetzungen verschwinden. Wenn sich politische Mehrheiten für Rückweisungsanträge und Fristverlängerungen finden, kann man sich ein paar Jahre durchhangeln, aber in fünf oder sechs Jahren wird der Vorstoss so oder so abgeschrieben werden. So machen wir keinen wirksamen Klimaschutz. Sozialpolitische Massnahmen im ÖV für Personen, die über wenig Geld verfügen, werden wir auch in Zukunft unterstützen.

Regula Fischer Svosve (AL): Gratis ÖV für alle in der Stadt hört sich nach einer tollen Idee an und sieht kurz vor den Wahlen im Rat und in den Medien gut aus. Die AL ist aber mit dem Wording der Motion nicht einverstanden. Erstens wird die Tarifpolitik beim ZVV auf kantonaler Ebene gestaltet und geregelt. Deshalb müsste der geforderte gratis ÖV – wenn überhaupt – auf alle, die im Kanton wohnen, ausgeweitet werden: Damit auch die Reinigungsangestellte im Unispital Zürich, die nun in Schlieren wohnt, weil die Weststrasse aufgewertet wurde, von diesem Angebot profitieren könnte. Zweitens können wir nur gezielt über Vergünstigungen im ÖV sprechen. Sie sollten einkommensabhängig sein. Dies gilt für Stadtbewohnerinnen, die Ergänzungsleistungen beziehen, bereits heute. Wir unterstützen deshalb das Postulat GR Nr. 2021/274, das eine gezielte ÖV-Vergünstigung für finanziell Schwache vorschlägt. Bei der vorliegenden Motion enthalten wir uns der Stimme.

Attila Kipfer (SVP): So kurz vor den Wahlen muss es für die SP sehr gut aussehen, wenn sie ein vergünstigtes Zone 10 Abonnement für die Stadtbevölkerung anbieten will. Es ist ein weiterer Versuch, Geld umzuverteilen. Severin Meier (SP) sagte tatsächlich, dass es um eine Umverteilung gehe. Den einen Personen wird etwas Geld genommen, das den anderen Personen zufließt. Einmal mehr wird der Mittelstand in der Stadt Zürich geschröpft. In der Motion wird auch nicht erwähnt, wie das Geld für die Vergünstigung zusammenkommen soll. Ich habe von Ideen gehört. Eine davon lautet, dass die Stadt beim ZVV die Abonnemente kaufen würde und die Bürgerinnen und Bürger zur Stadt Zürich gehen und dort das ZVV Abonnement kaufen. Bei dieser Lösung müssten mehr Mitarbeitende eingestellt werden. Dies wiederum würde den Verwaltungsapparat aufblähen. Das wollen wir nicht. Wenn man eine Umverteilung macht, ist das, wie wenn ich mit meinem Sohn ins Schwimmbad gehe und ihn frage, ob er ein Glacé möchte. Er möchte gern eines, ich kaufe es ihm und sage ihm dann, ich würde ihm den Betrag nächsten Monat vom Taschengeld abziehen. Genau so ist es. Wir lehnen die Motion ab.

Beat Oberholzer (GLP): Wir haben dem vorangegangenen Postulat zugestimmt, weil wir der Meinung sind, dass der ÖV durch Infrastrukturverbesserungen attraktiver gemacht werden kann. Bezüglich des Herumschraubens an den Tarifen sind wir nicht sicher. Es leuchtet uns nicht ein, dass Jahresabonnemente in der Höhe von 780 Franken wirklich derart unattraktiv sind, dass man sie gleich um 53 Prozent verbilligen muss. Klar kauft jeder und jede gern ein Jahresabo für weniger Geld, aber gesamtheitlich betrachtet sind wir der Ansicht, dass für das Mobilitätsangebot auch bezahlt werden sollte. Es ist auch etwas unschön, dass nur die Bewohnerinnen und Bewohner innerhalb der



Stadtmauern Anspruch auf die Vergünstigungen haben sollen, obwohl alle im ZVV-Netz sind. Im Quartier Leutschenbach hätten jene, die südlich des Katzenbachs wohnen, Anspruch auf die vergünstigte ÖV-Karte, jene nördlich davon nicht. Die Stadt Wien hat mit dem 365-Euro-Abonnement einen Versuch unternommen. Wir haben bereits gehört, dass sich die Anzahl Abonnemente erhöht hat. Der Modalsplit hat sich aber nicht verändert. Wir sollten von Wien lernen und nicht dieselben Fehler machen.

Peter Anderegg (EVP): *Ich bin nicht überzeugt, dass die mit dem vorliegenden Vorstoss geforderten Massnahmen deutlich mehr Menschen mit dem ÖV in die Stadt bringen würden. Eine gewisse Steigerung würde es wohl geben. Das ist klar, wenn das Abo nur noch halb so viel kostet. Sie wäre aber nicht signifikant. Autofahrer, die heute in die Stadt fahren, tun dies nicht, weil es besonders attraktiv wäre, sondern, weil sie es aus irgendeinem Grund tun müssen. Sie würden es weiterhin tun, auch wenn das Abonnement nur noch halb so viel kosten würde. Auf diese Weise bringen wir die Autofahrer nicht dazu, das Tram zu benutzen. Wir wollen auch nicht, dass die Velofahrerinnen und Velofahrer auf das Tram umsteigen, das wäre nicht zielführend. Meine Erwartungen sind ein bescheidener Zuwachs beim Passagieraufkommen, wenn man den Preis halbieren würde. Gesamthaft gesehen wäre es wohl ein hoher zweistelliger Millionenbetrag an Kosten pro Jahr, der auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abgewälzt würde. Wir unterstützen die Motion nicht.*

Andreas Egli (FDP): *Wenn der ZVV für die Zone 10 in diesem Bereich nur noch die Hälfte kosten soll, fragt man sich, was dies mit der Kostenwahrheit im Bereich der Mobilität zu tun hat. Wie sieht die SP, die den Vorstoss einbringt, dies im Zusammenhang mit den tatsächlichen Kosten der Mobilität und mit den Konzepten für Mobility Pricing? Wie soll das funktionieren? Der Vorstoss ist nicht wirklich durchdacht. Die SP hat auch nicht konkret genannt, welche Umsteigeeffekte sie sieht. Wenn man davon spricht, dass vor allem jene Personen, die über ein knappes Budget verfügen, mit dieser Massnahme auf den ÖV gelenkt werden sollen, wäre zu erwähnen, dass auch ein Auto eher viel kostet. Jene, die sich kein ÖV-Abonnement leisten können, werden wohl auch Mühe haben, sich ein Auto zu leisten. Der Umsteigeeffekt dürfte somit kaum vorhanden sein. Weiter stellt sich die Frage, ob wir überhaupt über die Kapazität verfügen, um in Zürich deutlich mehr Passagiere transportieren zu können. Momentan ist die Nutzung wegen Corona immer noch deutlich reduziert, aber in der Zeit vor Corona waren die Platzverhältnisse doch eher eng. Die Verkehrsmittel waren sehr gut gefüllt. An vielen Orten haben wir nicht die Möglichkeit, die gewünschte Kapazität tatsächlich zu erreichen. Hinzu kommt, dass wir mit dieser Massnahme nicht mehr Geld für den ÖV generieren. Im Gegenteil: Wir nehmen dem ÖV Geld weg, indem wir nur noch die Hälfte für das Abo verlangen. Dadurch fehlen die nötigen Mittel, um den ÖV vernünftig auszubauen. Das Fazit ist klar: Es handelt sich um eine Gratsmentalität light, die die SP hier bringt. Für mich sieht es etwas danach aus, als handle es sich um eine Form der Klientelbewirtschaftung unmittelbar vor den Wahlen. Man verteilt Geschenke, bietet dieses und jenes an. Ich bin sehr froh, dass das Parlament sich dem widerstrebend zeigt und dass alle Fraktionen ausser der SP eine Restvernunft walten lassen und sich nicht auf das Spiel einlassen, wer un-*



mittelbar vor den Wahlen noch das grössere Geschenk verteilt. Die 150 Millionen Franken Giesskannensubventionen sind nicht zielführend. Sie haben keinen ökologischen Nutzen. Sie sind nicht nachhaltig finanziert und sie nützen dem öffentlichen Verkehr nichts, sondern entziehen ihm die Finanzen. Dies ist nicht im Interesse der Bevölkerung der Stadt Zürich. Von daher ist es richtig, dass der Rat die Motion ablehnt.

Severin Meier (SP): *Ich werde nicht nochmals auf die finanzpolitischen, rechtlichen, sozialen und ökologischen Argumente eingehen. Ich habe in meinem ersten Votum bereits die Gegenargumente dargelegt. Diese sind grösstenteils abgeprallt. Das war nicht weiter verwunderlich, zumindest bei den Parteien im Bereich Mitte bis rechts. Erstaunt bin ich über die Haltung der Grünen und der AL. Immerhin scheint es bei den Grünen eine Diskussion gegeben zu haben. Die AL versteckt sich hinter der Enthaltung. Das ist weniger erfreulich und auch erstaunlich: 5 von 9 AL-Gemeinderätinnen und -gemeinderäten haben auf Smartvote angegeben, dass sie ein Abonnement für 365 Franken klar befürworten würden. Diese Frage war explizit auf diese Motion bezogen. Insofern erstaunt es mich, dass sich die AL nun in der Enthaltung befindet. Bei den Grünen haben 13 der bisherigen Gemeinderätinnen die entsprechende Smartvote-Frage beantwortet: 8 sagten «klar Ja», 3 haben «eher Ja» gesagt und nur 2 haben «klar Nein» gesagt. Wir sind gespannt, wie viele Personen aus der grünen Fraktion der Motion zustimmen werden. Wir hätten in dieser Legislatur im Rat eine Mehrheit für den sozial-ökologischen Umbau in unserer Stadt, der dringend notwendig ist. Dennoch macht man nun nicht Nägel mit Köpfen, wenn es darum geht, dass es sich nicht einfach um einen Slogan handeln soll. Bei den Grünen hätte ich mir gewünscht, dass man nochmals einen Blick nach Österreich wirft. Im Jahr 2016 – vier Jahre nachdem das 365-Euro-Abonnement in Wien eingeführt wurde – hat die grüne Partei aus Begeisterung über die Idee vorgeschlagen, dies auf drei Bundesländer auszudehnen. Ich frage mich, warum man sich nicht an den Parteikolleginnen und -kollegen von Österreich orientiert, die viele Erfahrungen mit dieser Idee gemacht haben. Stattdessen zitiert man eine Verwaltungseinheit aus Deutschland, die offensichtlich kein Interesse daran hat, ein gutes Haar an diesem Anliegen zu lassen. Ich hoffe nach wie vor, dass auch etwas von den engagierten Diskussionen in der Fraktion der Grünen hängengeblieben ist und es zustimmende Stimmen geben wird. Bei der AL würde die übliche Rhetorik vermuten lassen, dass sie zustimmten. Wenn es um eine Umverteilung von oben nach unten geht, will die AL aber offenbar plötzlich nicht mehr Nägel mit Köpfen machen. Ich bin sehr verwundert. Obwohl ich etwas enttäuscht bin, freut es mich immerhin, in der richtigen Partei zu sein: Jene, die den sozial-ökologischen Umbau nicht nur als Slogan verwendet, sondern diesen auch umsetzt.*

Die Motion wird mit 44 gegen 60 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



8 / 8

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat